

Rundschau

Informationsblatt der steirischen KPÖ

Ausgabe 137, April 2021 – zugestellt durch post.at

Zeitung der **KPÖ** für Judenburg

Kein Corona-Hilfsfonds für Judenburg aber 96.000 für Prestige-Projekt

Die Corona-Pandemie bringt viele Menschen auch in finanzielle Schwierigkeiten. KPÖ-Gemeinderat Rene Windegger hat einen Antrag gestellt, weil rasch geholfen werden muss. Er wurde leider nicht angenommen. Das ist uns unverständlich, zumal in der gleichen Sitzung das Projekt „Gesunder Lebens(t)raum“ um 96.000 Euro von der SPÖ im Alleingang beschlossen wurde.

Im Zuge der Corona-virus-Pandemie haben viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ihren Arbeitsplatz verloren bzw. erleiden durch die Kurzarbeit erhebliche Einkommenseinbußen. Dies zumeist bei gleichbleibenden monatlichen Fixkosten. Um in dieser herausfordernden Zeit rasch und unbürokratisch helfen zu können hat KPÖ-Gemeinderat Rene Windegger die Einrichtung eines Corona-Hilfsfonds für Judenburg beantragt.

Der KPÖ Antrag

Die KPÖ hat vorgeschlagen den Fonds mit 50.000 Euro zu dotieren, Personen die aufgrund der Corona-

Krise in eine schwierige finanzielle Situation geraten sind sollen mit 300 Euro unterstützt werden, pro Kind im Haushalt soll es zusätzlich 50 Euro geben. Die genauen Regeln sollte der Sozialausschuss festlegen.

SPÖ, ÖVP, FPÖ, Grüne dagegen

Der Antrag fand im Gemeinderat keine Mehrheit, nur die KPÖ stimmte dafür. Er wird nun im Sozialausschuss behandelt. Wir werden dranbleiben und hoffen weiterhin auf Umsetzung. Denn die Lage wird sich in den kommenden Monaten noch verschlimmern. Dazu kommt noch das die neue So-

zialhilfe, die ab 01. Juli gilt, bringt für viele weitere Verschlechterungen. Seit 01. April können auch wieder Delogierungen ausgesprochen werden, wenn Menschen im letzten Jahr ihre Miete nicht zahlen konnten.

Genug Geld für weiteres Projekt?

Der SPÖ-Mehrheit waren 50.000 Euro für bedürftige JudenburgInnen offenbar zu viel. Nicht aber die 96.000 Euro für das Projekt „Lebens(t)raum“. KPÖ-Gemeinderat Rene Windegger hat gegen das Projekt gestimmt. Denn für uns ist nicht ersichtlich warum eine externe Agen-

tur beauftragt werden muss, wenn es bereits Stadtentwicklung und Stadtmarketing gibt. Zudem sind die Kosten der Folgemaßnahmen noch gar nicht enthalten. Das Konzept, in dem für uns viele Fragen offen bleiben, wurde von der SPÖ alleine beschlossen.

Chance im Sozialausschuss?

Unser Antrag über den Hilfsfonds wird in der nächsten Sozialausschusssitzung behandelt. Rene Windegger wird sich weiter dafür einsetzen. Denn wir sind der Ansicht, dass Hilfe für Menschen in Notlagen jetzt viel dringer ist als unkonkrete, kostspielige Projekte.

KOMMT ZUM 1. MAI!

WIR FAHREN NACH GRAZ: ANMELDUNG UNTER 03512/822 40

UNSERE STÄRKE: SOLIDARITÄT!

ARBEIT UND SOZIALE SICHERHEIT FÜR ALLE!

Eröffnungsbilanz und Doppik: Rechnerische Grundlage für Privatisierungen

Die Gemeindefinanzen wurden auf das System der Doppik umgestellt. Ein Buchungssystem, das in der Privatwirtschaft angewendet wird. Eine Umstellung, die sehr kosten- und zeitintensiv war und zu der die Gemeinden zwangsverpflichtet wurden.

Beschlossen wurde diese Umstellung im Landtag in Umsetzung einer Vorgabe der EU. Mit der Doppik wurden die rechnerischen Voraussetzungen geschaffen, dass Gemeindebetriebe leichter privatisiert werden könne. Die KPÖ hat im Landtag gegen die Umstellung auf die Doppik gestimmt.

Mit der Einführung der Doppik wurden die Gemeinden auch verpflichtet eine Eröffnungsbilanz zu erstellen. In aufwendigen Vorarbeiten mussten alle Vermögenswerte - von den Gemeindestraßen bis zum Schreibtisch des Bürgermeisters finanziell bewertet werden.

Das erste Land das kommunale Budgets auf die Doppik umgestellt hat, war bezeichnenderweise Großbritannien. Dadurch wurden die Grundlagen dafür geschaffen, die meisten Leistungen der Gemeinden zu privatisieren. Von Wohnungen, über Müllabfuhr bis zu Kanal und Wasserleitungen. Die Voraussetzungen dafür gibt es nun auch bei uns. Die Privatisierung von öffentlichem Eigentum muss verhindert werden. In Zukunft müssen wir uns noch stärker dafür einsetzen

Damit wurde das Vermögen der Gemeinden erfasst und ist damit für Privatisierungsgelüste greifbar. Die Gemeinden sind nun untereinander vergleichbar und können bewertet werden. Das kann auch Auswirkungen auf die Bonität und damit auf die Höhe von Kreditzinsen haben. Die KPÖ hat die Eröffnungsbilanz aus diesen Gründen abgelehnt.



Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit stellen viele Menschen vor Herausforderungen. Die KPÖ fordert einen Hilfsfonds für von der Krise betroffene JudenburgerInnen

RENE WINDEGGER

KPÖ

Schimmel in der Wohnung – Was kann man tun?

Vor kurzem hat sich ein **Judenburger wegen Problemen mit seinem Vermieter bei uns gemeldet. Beim Lokalausganschein stellten wir fest, dass die Wohnung derartig von Schimmel befallen ist, dass darin wohnen nicht zumutbar ist.**

Der Vermieter hat kein Interesse etwas dagegen zu unternehmen, will aber die Miete pünktlich überwiesen bekommen.

Das ist kein Einzelfall. Vermieter investieren nicht in ihre Häuser und verdienen daran, dass viele Menschen nicht wissen wie man in so einer Situation vorgeht. Wenn auch Sie Schwierigkeiten mit ihrem Vermieter haben, melden Sie sich bei uns, wir helfen gerne weiter wo wir können.

KPÖ-Judenburg-Fohnsdorf: 0664 / 7346 2480. Mieternotruf der KPÖ-Graz: 0316/71 71 08



KPÖ-Gemeinderat Rene Windegger beim Lokalausganschein.



Schimmelbefall ist eine Gesundheitsgefahr. Zögern sie nicht, etwas zu unternehmen!

Tierecke: Tierheimtieren ein Zuhause geben

Kommentar von Christine Erschbaumer

Hunde und Katzen aus dem Tierheim sind besonders liebenswert.

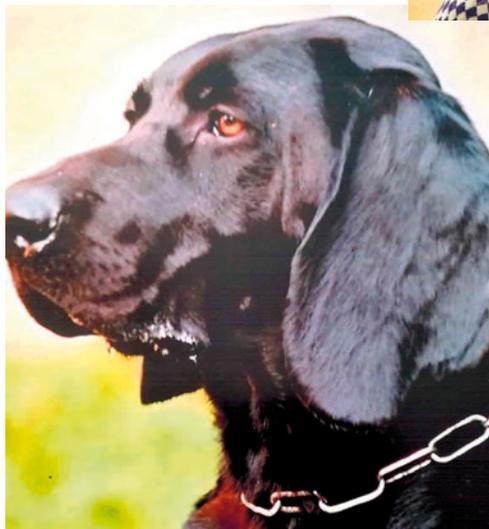
Wir haben mit dem Knittelfelder Tierheim ein Tierheim in unserer Nähe, das sehr kompetent geleitet wird. Hut ab, vor den Leuten die dort arbeiten und auch den ehrenamtlichen HelferInnen.

Jeder der möchte findet dort ein passendes Tier und kann es gegen einen angemessenen Beitrag in seine Familie aufnehmen.

Es gibt Leute die meinen, Tierheimtiere wären schwieriger. Nein, diese Tiere sehnen sich nach einem liebevollen Zuhause. Es gibt auch die Möglichkeit die Hunde vorab kennenzulernen und mit ihnen in der Gegend spazieren zu gehen. Aus eigener Erfahrung kann ich sagen, Spaziergänge mit einem Hund erfüllen einen ganz besonders.

Wer sich in der Corona-Krise, nach reiflicher Überlegung, entschließt ein Haustier aufzunehmen, wäre gut beraten einem Tierheimhund oder einer Tierheimkatze ein Zuhause zu geben.

Ihre
Christine Erschbaumer,
Gemeinderätin a.D.



Blacky
war der Hund
der Familie
Erschbaumer.

Kontakt zum
Tierheim Murtal:
Murweg 3,
8723 Kobenz
03512 49575

KOMMENTAR

Rene Windegger,
ist KPÖ-Gemeinderat
in Judenburg



Das Sittenbild der ÖVP

Die jüngst bekanntgewordenen SMS-Nachrichten aus dem ÖVP Umfeld zeichnen ein Sittenbild, das sehr beunruhigende Auswirkungen hat. Egal ob CASAG oder ÖBAG: In beiden Fällen wurden Posten per Freunderlwirtschaft vergeben. Im Fall der ÖBAG wurde der Posten sogar erst geschaffen, denn die ÖBAG war bis zur Bestellung von Thomas Schmid eine GmbH. Nun wurde umfirmiert und eine AG gegründet und der Alleinvorstand mittels einer maßgeschneiderten Ausschreibung an Thomas Schmid vergeben. Der ehemalige Generalsekretär im Finanzministerium hatte leider noch keine Internationale Erfahrung, so wurde kurzerhand eben diese Anforderung aus der Ausschreibung gestrichen.

Auch der von Gernot Blümel bestellte Aufsichtsrat der ÖBAG wurde vorab sorgfältig ausgewählt, um sicher zu stellen das Thomas Schmid auch tatsächlich als Alleinvorstand bestellt werden konnte. In den Chatverläufen im Schmid finden sich viele Hinweise wie dies vonstattenging.

Auch das Frauenbild der Bundes ÖVP wird durch die Chatprotokolle in ein neues Licht gerückt. So findet sich dort unter anderem eine Nachricht von Gabriela Spiegelfeld an Schmid mit dem Inhalt: „Mir gehen die Weiber so am Nerv. Scheiß Quote“. Auch Schmid selbst bestätigt dieses Frauenbild, indem er eine „steuerbare“ Kandidatin für den Aufsichtsrat vorschlägt.

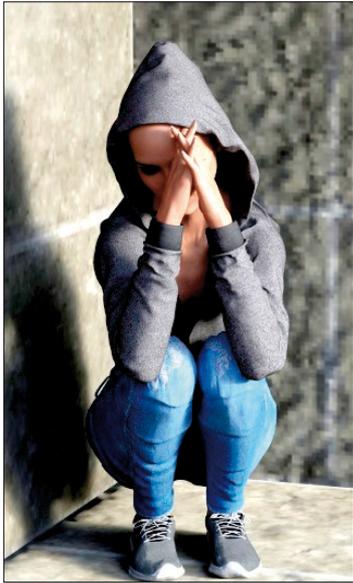
Diese Vorfälle zeigen ein Verhalten der Bundes ÖVP, das mit allen Mitteln des Rechtsstaats bekämpft werden muss. Die WKSTA arbeitet mit Hochdruck an der Aufklärung der Sachlage. Schmid und Blümel werden bereits als Beschuldigte geführt. Jedoch sieht sich keiner der genannten zu einem Rücktritt gezwungen, obwohl diese längst überfällig sind. Für alle genannten gilt die Unschuldsvermutung.

Ihr Rene Windegger
rene.windegger@judenburg.at

In Judenburg  KPÖ

Impressum: Medieninhaber, Verleger, Herausgeber: KPÖ Murtal, 8753 Fohnsdorf, Josefiplatz 3, Tel&Fax 03573 / 2166, Verantwortlicher Chefredakteur und Hersteller: Josef Meszlenyi, E-Mail: josef.meszlenyi@kpoe-steiermark.at. druck: gutenberghaus Offenlegung: die Blattlinie entspricht den Zielen des Vereins fortschrittlicher Kommunalpolitiker.

Viele Menschen brauchen Hilfe: Für einen raschen Ausbau der kostenfreien psychischen Beratungs-, Betreuungs- und Behandlungsangebote!



Arbeitslosigkeit, Armutsgefährdung, Zukunftsängste, Überlastung, Einsamkeit und Isolation sind auch eine psychische Belastung. Die Corona-Krise hat die Situation noch verschärft.

Immer öfter und dringender weisen Fachleute in diesem Zusammenhang auf die drastische Zunahme von psychischen Problemen hin. Dramatisch ist auch die Situation vieler Kinder und Jugendlicher.

Regelmäßige Suizidgedanken!

Die Donau Uni Krems und die Medizinische Universität Wien berichten von dramatischen Ergebnissen nach einer Befragung von rund 3000 Jugendlichen im Alter von 14 bis 20 Jahren im Februar. Mehr als die Hälfte leiden unter depressiven Symptomen, jede/r sechste Befragte hat suizidale Gedanken. Die Studienleitung betont die Verzehnfachung von Symptomen und Ängsten. 16 Prozent haben regelmäßig – oft täglich – suizidale Gedanken! Die befragten jungen Menschen empfinden in beinahe jedem 2. Fall keine Lust, keine Freude mehr, Interessen und Konzentration lassen nach, sie schlafen sehr schlecht.

Zu wenig Angebote

Schon bisher war das Beratungs-, Betreuungs- und Behandlungsangebot bei psychischen Problemen keinesfalls ausreichend. Das hatte zur Folge, dass viele Betroffene die nötige Behandlung gar nicht, oder oft sehr spät erhalten haben. Dieser Mangel hat PatientInnen vielfach gezwungen in den wahlärztlichen Bereich auszuweichen. Eine Möglichkeit, die Menschen mit geringem Einkommen verwehrt ist.

Die Chancen für eine bestmögliche medizinische Versorgung darf nicht vom Einkommen abhängig sein - es darf keine Zwei-Klassen-Medizin geben! Der schnelle Ausbau der Beratung und Behandlung psychischer Probleme ist daher ein Gebot der Stunde. „Koste es was es wolle“ muss auch auf diesem Gebiet die oberste Prämisse sein. Hier zu sparen, kann tödlich sein!

Antrag der KPÖ

Die KPÖ wird in der nächsten Gemeinderatssitzung den Antrag stellen, der Gemeinderat soll von der österreichischen Bundesregierung sowie von der steirischen Landesregierung fordern folgende Punkte umzusetzen: **1.** Rasche und flächendeckende Ausweitung

eines kostenfreien psychologischen und psychotherapeutischen Beratungs-, Betreuungs- und Behandlungsangebotes sicherzustellen. Dabei ist der notwendigen Versorgung von Kindern und Jugendlichen besonderes Augenmerk zu schenken. **2.** Bis es ausreichende kostenfreie Angebote in diesen Bereichen gibt sind Wahlärztkosten von der öffentlichen Hand zu übernehmen.

Der Antrag wird hoffentlich Zustimmung finden. Resolutionen sind aber nur ein Anstoß. Deshalb wäre es wichtig, dass alle Parteien sich sofort dafür einsetzen, die Situation zu verbessern.

Kriseninterventionsteam
0800/500 154
PSN
03512 44988
Kinderschutzzentrum
03512 75 74 1
Telefonseelsorge
142 
Go-On Suizidprävention
0664 88 69 40 95
Frauenhäuser
0316 42 99 00

Nein zur Airpower!

In den letzten Wochen wurde darüber spekuliert, ob es im nächsten Jahr eine Airpower geben wird. Die FPÖ hat sich klar dafür ausgesprochen. Wir halten allein schon den Gedanken an die Abhaltung der Airpower für absurd.

Für viele Menschen hat die Corona-Pandemie schon jetzt massive Auswirkungen. Die finanziellen und wirtschaftlichen Probleme werden in den nächsten Monaten noch zunehmen. Geld für eine Waffenschau auszugeben ist untragbar.

Neben der Corona-Krise hat auch die Klimakrise nichts an Schärfe verloren. Hunderttausende Liter Treibstoff für ein Kurzzeit-Event in die Luft zu blasen ist unverantwortlich.

Ukraine: Die Kriegsgefahr in Europa steigt

In der Ukraine schwelt seit 2014 ein Bürgerkrieg. In den vergangenen Wochen wurde uns dieser Konflikt wieder in Erinnerung gerufen. Ein Konflikt der das Potenzial hat sich zu einem Krieg auszuweiten - und der findet dann in Europa statt.

Zur Geschichte: 2014 wurde die gewählte Regierung nach Unruhen in Kiew und anderen Städten auch mit westlicher Hilfe gestürzt. Die neuen Machthaber waren anti-russisch ausgerichtet, daher kam es in Folge zu Unruhen in den mehrheitlich russisch besiedelten Gebieten der Ukraine.

Zwei Regionen, Donezk und Lugansk, haben sich als unabhängig erklärt und diese Unabhängigkeit mit russischer Unterstützung behauptet. Die Halbinsel Krim, historisch ein Teil Russlands, ist der Russischen Föderation beigetreten. In einer Volksabstimmung, an der 87 Prozent der Bevölkerung teilgenommen haben, haben fast 97 Prozent für diesen Schritt gestimmt.

Viele Gespräche konnten bisher keine Lösung bringen. Im März dieses Jahres hat der ukrainische Präsident ein Dekret unterzeichnet, wonach es nun die offizielle Leitlinie der ukrainischen Aussenpolitik sei die Krim von Russland zurückzuholen. Auf der Krim haben 77 % der Bevölkerung Russisch als Muttersprache und dort liegt in Sewastopol auch der Heimathafen der russischen Schwarzmeerflotte,

Ukrainische Militärs drängen darauf in die abtrünnigen Republiken Donezk und Lugansk einzumarschieren. Besondere Brisanz hat die Lage auch dadurch, dass die Ukraine immer stärker in die NATO drängt, die seit dem Zusammenbruch des Sozialismus – trotz gegenteiliger Zusagen – immer näher an die russische Grenze vordringt.

Russland hat Truppen an der Grenze zusammengezogen. Die USA liefern Waffen in die Ukraine. Wenn es zu einem größeren Krieg in der Ukraine kommt, findet dieser in Europa statt. Die Ukraine liegt geographisch näher als Frankreich. Geht die NATO, mit dem neuen US-Präsidenten Joe Biden, auf Konfrontationskurs mit Russland wird daraus ein Konflikt der Atommächte.

Der Frieden in Europa muss bewahrt werden! Dafür braucht es die Lösung der Konflikte mit nicht-militärischen Mitteln und keine Einmischung von außen. Es bräuchte eine kollektive Sicherheitsstruktur unter Einbindung Russlands. Ein Österreich, das seine Neutralität ernst nimmt, könnte dazu einen Beitrag leisten.



**Ich sehe die Erde.
Sie ist so
wunderschön!**

*Juri Gagarin,
Erster Mensch
im Weltall*

**Wir alle sind
verpflichtet sie
zu bewahren!**



Leserbrief

ATB, das tut weh!

Als das Kohlebergwerk in Fohnsdorf geschlossen wurde, hat die damalige Regierung versprochen aus der Region Aichfeld-Murboden eine Musterregion zu machen. Ein Kernstück dieser Musterregion war das Motorenwerk in Spielberg. Das Werk brachte viele Arbeitsplätze, besonders für Frauen.

Ich erinnere mich an ein Gespräch mit dem ersten Direktor der ATB. Dieser meinte damals, dass Motoren immer gebraucht werden, das Werk aber, wenn es eine Zukunft haben soll, in Forschung und Entwicklung investieren muss. Statt langfristig zu planen war aber kurzfristiger Gewinn wichtiger. Das Werk wurde mehrmals privatisiert und immer mehr Bereiche ins Ausland ausgelagert. Die Motorenforschung verschwand ganz aus Spielberg und die Arbeitsplätze wurden reduziert.

Nun haben fast alle, die noch bei der ATB beschäftigt waren, ihren Arbeitsplatz verloren. Menschen die sich eine Existenz aufgebaut haben, ganze Familien die jahrzehntelang dort gearbeitet haben. Viele müssen jetzt umschulen, in Bereichen mit denen sie bisher nichts zu tun hatten, zum Beispiel die Pflege. Andere sind zu alt um überhaupt noch Chancen am Arbeitsmarkt zu haben. Sie alle wurden aus einem sicheren Umfeld gerissen und blicken in eine ungewisse Zukunft.

Diese Zusperr- und Privatisierungspolitik nimmt nicht nur den direkt Betroffenen ihre Zukunftsaussichten, sondern beraubt der Region auch einer Entwicklungsmöglichkeit. Eine gesunde Region braucht eine industrielle Basis und gut bezahlte Arbeitsplätze.

Leopold Pacher, KPÖ-Gemeinderat a. D., Knittelfeld

Unsere Stärke: Solidarität!

Soziale Sicherheit und Arbeit für alle

Während die Vermögen der Reichsten auch in der Krise weiter steigen, stagnieren Löhne und Gehälter für die breite Mehrheit seit vielen Jahren. Hunderttausende Menschen haben im vergangenen Jahr ihren Arbeitsplatz verloren, dazu kommen Einkommensverluste durch Kurzarbeit und Lockdown. Mehr und mehr Menschen können sich die Miete und das tägliche Leben kaum mehr leisten, während die Bundesregierung vor allem große Konzerne, Millionäre und Milliardäre schützt.

Gesundheit ist ein Menschenrecht!

Seit über einem Jahr schauen wir in dieser Gesundheitskrise alle mit Sorgen auf die Kapazitäten der Spitäler und Intensivstationen. Die Bundesregierung hat jedoch keinerlei Initiative gesetzt das Gesundheits- und Spitalswesen zu stärken. Die steirische Landesregierung hält sogar am Plan fest, Spitalsbetten abzubauen und Spitäler zu schließen. Dieser Irrsinn muss ein Ende haben: Wir brauchen umfassende Mittel zur Sicherung unseres Gesundheitswesens und Verbesse-

rung der Arbeitsbedingung der Beschäftigten in der Pflege.

Millionäre zur Kasse statt Belastung für die Masse!

Um die soziale Krise zu stoppen, braucht es dringend echte Unterstützungen für ArbeiterInnen, Angestellte, MieterInnen, Studierende, KünstlerInnen, kleine Selbstständige und alle, die unter der Corona-Krise auch finanziell massiv leiden. Diese Hilfspakete sind finanzierbar, wenn die Vermögen der Superreichen endlich ordentlich besteuert werden. Dafür braucht es starken Druck der Bevölkerung auf die politisch Verantwortlichen, den wir gerade am 1. Mai zum Ausdruck bringen wollen.

Schluss mit Pannen-Management und Freunderlwirtschaft!

Seit über einem Jahr hören wir leere Versprechungen der türkis-grünen Bundesregierung von Bundeskanzler Kurz abwärts. Außer großen medialen Inszenierungen klappt sehr wenig und mittlerweile ist die Regierung mehr mit der Ablenkung von ihrer Freunderlwirtschaft beschäftigt, als damit, einen Weg durch die Krise zu finden. Was wir stattdessen brauchen, ist eine Politik, für die die sozialen Bedürfnisse und die Gesundheit der Mehrheit wichtiger ist, als Posten und Privilegien.

Unsere Stärke: Solidarität!

Die Gesundheitskrise hat die vielfachen Krisen des Kapitalismus offengelegt: Dieses System baut auf der Ausbeutung von Menschen und Umwelt zugunsten des Profits von Wenigen auf. Zugleich erhöhen militärische Aufrüstung und imperialistisches Säbelrasseln die Gefahr von Kriegen. Unsere Alternative dazu ist eine soziale, ökologische, friedliche, demokratische und gleichberechtigte Zukunft, die wir im Sozialismus sehen. Darum ist der 1. Mai auch ein Zeichen für eine grundlegende Veränderung der Gesellschaft durch Solidarität und den Zusammenhalt von unten. Dazu laden wir als KPÖ Steiermark bei der gemeinsamen Demonstration am 1. Mai alle Menschen ein, die mit uns das Ziel teilen, sich für leistbares Wohnen, höhere Löhne und Gehälter, ein solidarisches Gesundheitswesen und kostenlose Bildung einzusetzen sowie für eine Gesellschaft, in der alle Menschen gleiche Rechte genießen.

Die KPÖ-Murtal fährt zur Demonstration nach Graz. Wer mitfahren möchte kann sich unter 03512/822 40 oder per Mail an knittelfeld@kpoe-steiermark.at anmelden.



**UNSERE STÄRKE:
SOLIDARITÄT!**

**SOZIALE SICHERHEIT
UND ARBEIT FÜR ALLE!**

**KOMMT ZUM 1. MAI!
DEMONSTRATION
10 UHR · MARIAHILFER PLATZ**

8. März, Internationaler Frauentag: Trotz Corona: Aktionen zum Frauentag fanden statt!

Der Internationale Frauentag wird weltweit seit 1911 am 8. März begangen. Sein Ziel war es von Anfang an Gleichberechtigung von Frauen und Männern herzustellen. Die KPÖ und der Bund Demokratischer Frauen erinnerten mit Aktionen daran, dass wesentliche Forderungen noch immer unerfüllt sind.

Seit der Corona-Krise sind die Lebensbedingungen für viele Menschen deutlich schlechter geworden. Wie so oft in unserer Gesellschaft sind Frauen besonders schwer betroffen. Deshalb war es für uns wichtig gerade jetzt in Aktionen zum Internationalen Frauentag auf die zahlreichen Probleme aufmerksam zu machen.



Aktion der KPÖ zum Internationalen Frauentag am Knittelfelder Hauptplatz.



Rene Windegger beim Nelkenverteilen:

Die Beschäftigten im Handel, in der Pflege, im Dienstleistungssektor oder im sozialen und im pädagogischen Bereich werden als „systemrelevant“ bezeichnet. 78% der Beschäftigten im Gesundheits- und Sozialwesen sind Frauen, 72 % in pädagogischen Berufen, auch im Handel arbeiten vor allem Frauen. Die körperlichen und seelischen Belastungen dort sind stark gestiegen, die Bezahlung ist aber nach wie vor ungenügend. Statt gerechter Entlohnung gibt es schöne Worte - die kosten nämlich nichts.

Auch am Arbeitsmarkt ist es für Frauen schwieriger geworden. Sie wurden häufiger gekündigt und finden auch schwerer eine neue Anstellung als Männer. Das wird sich auch auf die Höhe zukünftiger Pensionen und damit auf die Entwicklung der Altersarmut auswirken: Schon jetzt erhalten Frauen in Österreich im Schnitt um 40 % geringere Pensionen als Männer.

Ein Großteil der zusätzlichen Familienarbeit im Lockdown wird von Frauen getragen. Neue Belastungen durch Homeoffice und Homeschooling sind hinzugekommen. 62 zusätzliche Stunden in der Woche wenden Frauen in Österreich dafür auf, Männer 23 Stunden.

Die steirischen Frauenhäuser sind derzeit zu 90% ausgelastet. Das bedeutet einerseits, dass die Fälle von häuslicher Gewalt angestiegen sind, andererseits trauen sich auch mehr Betroffene Hilfe zu suchen.

Diskriminierung ist kein Naturgesetz!

Die Geschichte zeigt, dass Frauen immer wieder für ihre Rechte kämpfen mussten. Wer davon ausgeht, dass es alle Menschen schaffen können zumindest ein gutes Leben zu führen, wenn sie nur tüchtig und zielstrebig genug sind, irrt gewaltig. Denn es gibt ungleiche Voraussetzungen, je nach Herkunft und Geschlecht.

Die Diskriminierung von Frauen hat zwar im Kapitalismus System, sie ist aber kein Naturgesetz! Man kann sie überwinden und deshalb werden wir uns auch weiterhin konsequent für eine echte Gleichberechtigung und Gleichstellung einsetzen!

Was wir brauchen!

- Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit!
- Erhöhung des Arbeitslosengeldes!
- Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich!
- Ausbau von Einrichtungen zum Gewaltschutz!
- Einen finanziellen Bonus für Alleinerziehende!
- Ein Arbeitsmarktpaket für Frauen!
- Mindestlehrlingsentschädigung in allen Branchen!
- Verpflichtende Väterkarenz!

Sprechstunde mit Sozialberatung

KPÖ-STR. Renate Pacher
und DSA Karin Gruber

05.05.2021

KPÖ-Parteiheim in Knittelfeld
Friedensstraße 10, 9.00 bis 11.30 Uhr,
Vor Anmeldung: 03512/ 82240

Undurchsichtiges Millionengeschäft: Aufträge für Impfungen und Tests an Privatfirma vergeben!

Allgemein herrscht in Österreich ein Impfchaos mit viel zu wenig Impfdosen, undurchsichtigen Reihungen oder ständig besetzten Auskunftsnummern. Die Bundesregierung hat bei der Organisation nicht einmal die Österreichische Gesundheitskasse eingebunden, obwohl dort die Daten aller Versicherten vorhanden sind. Besonders schlimm ist die Situation in der Steiermark.



Die Steiermark hat von allen Bundesländern den größten Rückstand bei den Corona-Impfungen. Statt auch hier bestehende Ressourcen, wie Gemein-

den oder gemeinnütziger Organisationen zu nutzen, wurde ein privates Gesundheitsunternehmen beauftragt, Massentests und Impfungen durchzuführen – dort fehlt aber das Personal.

Nicht nur die Massentests, auch die Impfungen wurden an die Firma Kastanienhof vergeben, die in Graz eine Privatklinik betreibt. Da dieses Unternehmen gar nicht über das nötige Personal verfügt, um alle Tests und Impfungen durchzuführen, werden Drittfirmen beauftragt – an den Teststraßen meist das Rote Kreuz – das dem Vernehmen nach bei der Ausschreibung gar nicht berücksichtigt wurde.

Verträge offenlegen!

Diese Vorgänge werfen viele Fragen auf, die die KPÖ in Form einer Anfrage an die zuständige Landesrätin Juliane Bogner-Strauß (ÖVP) gerichtet hat. Unter anderem verlangt die KPÖ eine Offenlegung der Ausschreibung und der Verträge. Unklar ist, wer

überhaupt zur Angebotslegung eingeladen wurde. Auch ist unklar, welche Qualifikationen beim eingesetzten Personal vorausgesetzt werden und wie es rekrutiert und bezahlt wird. Bis jetzt ist die Landesrätin die Antwort auf diese Fragen schuldig geblieben.

Kosten sind geheim

Es ist schon fragwürdig genug, dass das Land auf eine private Firma zurückgreift um die Tests und Impfungen durchzuführen. Dass dann die Wahl auf ein Unternehmen fiel, das wegen Personalmangel selbst eine weitere Firma braucht ist ungeheuerlich. Die Verträge und die Ausschreibung sind geheim. So weiß man auch nicht, wieviel an die Privatfirma bezahlt wird. Es liegt der Verdacht nahe, dass sich hier jemand auf Kosten der Gesundheit der Steirerinnen und Steirer eine goldene Nase verdient.

Monatelang haben die Bundesregierung und die Länder getrommelt, dass die Impfung der Ausweg aus der Corona-Krise sei. Es werden gewaltige Staatsschulden angehäuft, bis jetzt rund 60 Milliarden Euro, die irgendwann einmal zurückgezahlt werden müssen. Laut WIFO kostet ein Tag der Corona-Krise volkswirtschaftlich 190 Millionen Euro – vom menschlichen Leid, den Überlastungen und Problemen und den vielen gefährdeten Existenzen ganz zu schweigen.

Unverantwortliche Entscheidungen

Es wäre also die Aufgabe der Regierung alles zu tun um möglichst viele Impfdosen zu erhalten und den Ablauf der Impfungen optimal zu organisieren damit die Pandemie so kurz wie möglich dauert. Stattdessen werden immer mehr Bestellpannen bekannt und in der Steiermark lässt die Landesregierung ein Privatunternehmen Profit machen, das gar nicht über die nötigen Ressourcen verfügt um einen optimalen Ablauf zu gewährleisten. Das ist ein fahrlässiger Umgang mit unserer Gesundheit und mit Steuergeldern!

Kein Profit mit der Pandemie! Impfstoffe müssen patentfrei werden!



Es wäre möglich, schneller Corona-Impfstoffe zu produzieren wenn die Patente aufgehoben werden würden. Regierungen könnten und sollten dies einfordern. Denn Milliarden an Steuergeld fließen in die Grundlagenforschung, in die Förderung von Impfstoffherstellern und später in den Einkauf der Impfstoffe.

Die Pharmakonzerne werden mit Milliarden überschüttet, dabei kennt man weder die tatsächlichen Ausgaben für Forschung und Entwicklung, noch die Kosten der Produktion pro Dosis und erst recht nicht die unterschiedlichen Konditionen für die Länder

oder, ob die Hersteller wirklich komplett für Nebenwirkungen und Produktfehler haften.

Die WHO hat die Pharma-Konzerne aufgerufen Patente und Daten in einen gemeinsamen Pool einzuspeisen. Bis heute ist keine Unternehmen dieser Aufforderung gefolgt. Eine Pandemie kann nur global beendet werden. Deshalb sollten Impfstoffe Gemeingut sein und die Patente aufgehoben werden.

Der Antrag der KPÖ das Land solle die Bundesregierung auffordern alle Maßnahmen zu ergreifen um eine Erhöhung der Produktionskapazitäten für Impfstoffe gegen COVID-19 zu ermöglichen und in Richtung der Aufhebung des Patenschutzes wirken wurden von ÖVP, SPÖ; FPÖ und Grünen abgelehnt.